



Newsletter

Bericht aus Berlin

Einleitende Worte

Ein ereignisreicher Monat steht hinter uns. Weiterhin überschattet der Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen das politische Tagesgeschehen in Berlin. Dazu wurden richtungsweisende Gesetze auf den Weg gebracht. Darunter fallen Vorhaben wie das Sondervermögen für die Bundeswehr, das Energiesteuergesetz oder auch das Sanktionsdurchsetzungsgesetz, über welches ich euch schon in der letzten Ausgabe dieses Newsletters informiert habe.

Trotz des notwendigen Krisenmanagements bin ich sehr froh, dass diese Regierung ihre Wahlversprechen abarbeitet. Heute wurden wichtige Teile des BaföG reformiert, sodass mehr Studierende davon profitieren können. Außerdem werden die Bedarfssätze um sechs Prozent und das Wohngeld um 11 Prozent erhöht. Das ist eine wichtige Unterstützung für Studierende.

Morgen findet eine weitere, sehr wichtige Debatte im Bundestag statt. Wir werden den §219a aus dem Strafgesetzbuch streichen! Das ermöglicht Ärzt*innen nun straffrei über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren. Die Debatte dazu könnt ihr live verfolgen oder nachschauen unter www.bundestag.de

Im Wahlkreis fanden wichtige Landrats- und Bürgermeisterwahlen statt, bei dem meine Teammitglieder Felix und Steve angetreten sind und respektable Ergebnisse in Glauchau und Burgstädt erzielt. Darüber hinaus haben wir ein drittes Büro in Lichtenstein eröffnet und ich berichte weiter unten über meine anstehende Sommertour.

Aktuelles aus Berlin

Update: Sanktionsdurchsetzungsgesetz

Pünktlich zur Verabschiedung des sechsten Sanktionspakets der EU gegen Russland beschloss der Bundesrat am 20. Mai 2022 das Sanktionsdurchsetzungsgesetz I (SDG I), welches nach erfolgreicher Abstimmung im Bundestag am 28. Mai 2022 in Kraft trat. Dies war nötig, da es bei der Umsetzung der EU-Sanktionen Probleme gab. Die Durchsetzung der Sanktionen scheiterte oftmals an fehlenden Zuständigkeitsregelungen, einer unzureichenden digitalen Vernetzung der zuständigen Behörden sowie fehlenden Eingriffsbefugnissen.

Die wegen des völkerrechtswidrigen Angriffs der Russischen Föderation gegenüber der Ukraine erlassenen Sanktionen müssen in Deutschland effektiv durchgesetzt werden. Die im SDG I getroffenen Regelungen sind kurzfristig umsetzbar und dienen primär der Schließung bestehenden

Regelungslücken. Dafür sollen jetzt die erforderlichen Datenzugriffs- und Datenaustauschbefugnisse für die zuständigen Behörden geschaffen werden, um sanktionierte Unternehmen und Personen zu identifizieren. Aufbauend darauf soll mit dem SDG I die Möglichkeit geschaffen werden, Vermögen besser und schneller zu ermitteln sowie Vermögensgegenstände bis zur Aufklärung der Eigentumsverhältnisse einzufrieren. Letzteres war bis jetzt nur für Gelder möglich, sodass sanktionierte Personen weiterhin andere Vermögensgegenstände, wie Immobilien oder Fahrzeuge nutzen konnten.

Um weiterhin den Rückstand bei der Sanktionsverfolgung aufzuholen, wird das Bundeskabinett ein weiteres, das zweite Sanktionsdurchsetzungsgesetz, auf den Weg bringen. Ich unterstütze dieses Vorhaben mit dem Ziel, weiterhin die Aufklärung über Vermögenswerte zu verbessern und damit die Wirksamkeit von Sanktionen zu erhöhen.

Hier dazu meine Rede im Bundestag:

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7536674#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTM2Njc0&mod=mediathek>



Entlastungspaket gegen hohe Energiepreise: der Tankrabatt

Die explodierenden Energiepreise sind für viele Menschen ein existentielles Problem. Der Tankrabatt war eine von vielen Maßnahmen, um die Bürger*innen zu entlasten. Dem von der FDP favorisierten Tankrabatt stimmte die SPD allerdings nur zu, um im Gegenzug die 300€ Energiepreispauschale durchzusetzen und für sozial gerechtere Entlastungen zu sorgen.

Als zuständiger Berichterstatter habe ich den Tankrabatt mitverhandelt. Die Idee des Tankrabatts war einfach: die Energiesteuern auf Diesel und Benzin werden im Zeitraum von Juni bis August auf das EU-rechtlich mögliche Minimum gesenkt. Dadurch wären Preissenkungen bei Benzin in Höhe von 35,2 Cent und bei Diesel von 16,7 Cent bei Diesel je Liter möglich gewesen.

Sehr ärgerlich ist, dass die Steuersenkungen nicht an die Verbraucher*innen weitergegeben werden. Die Preise von Diesel und Benzin sind nach wie vor sehr hoch und der Tankrabatt macht sich kaum bemerkbar. Es liegt der Verdacht nahe, dass die großen Mineralölkonzerne die Preise mit Absicht überdurchschnittlich hoch halten.

Deswegen muss jetzt das Kartellamt als neutrale Stelle feststellen, dass der Rabatt nicht ankommt, und die Politik sollte nachbessern. Denn im Moment fördert der Steuerzahler die Gewinne der Mineralölindustrie, die die Krisensituation offenbar auf Kosten der Verbraucher zur Gewinnmaximierung nutzt, was sich vor allem an den enorm gestiegenen Margen in der Raffineriebranche zeigt. Falls sich der Tankrabatt weiterhin nicht als ein wirksames Mittel erweist, muss die Maßnahme auf den Prüfstein und gegebenenfalls abgeschafft werden. Finanzminister Christian Lindner, dessen Partei federführend in der Umsetzung des Tankrabattes war, ist nun in der Verantwortung, die Zweckmäßigkeit und Sinnhaftigkeit der Maßnahme zu überprüfen, bevor weitere Milliarden an Steuergeldern den Ölkonzernen geschenkt werden.

Ich setze mich daher für die Konzeption und die Einführung einer Übergewinnsteuer ein, ähnlich der in Großbritannien. Die dafür existierende, breite Unterstützung in der Bevölkerung muss wahrgenommen um umgesetzt werden.

Hier dazu mein Interview in der Taz: <https://taz.de/SPD-Finanzexperte-ueber-den-Tankrabatt/!5860192/>

Hier dazu meine Rede im Bundestag:

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7536711#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTM2NzEx&mod=mediathek>

100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr

Wir befinden uns in einer besonderen Lage. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns gezeigt, dass der Bedarf nach einer verbesserten Ausstattung der Bundeswehr groß ist. Sie muss in der Lage sein, die Landes- und Bündnisverteidigung zu gewährleisten. Dies schafft sie gerade nur mit großer Kraftanstrengung. Zusätzliche Investitionen in die Bundeswehr sind daher nötig. Aus diesem Grund habe ich der Einrichtung eines Sondervermögens für die Bundeswehr zugestimmt. Auch die Begleitreformen bei der Bundeswehr, wie zum Beispiel die Reform des Beschaffungswesens, haben meine Entscheidung gestärkt.

Dennoch habe ich große Bedenken, das Grundgesetz einmalig allein für ein militärisches Sondervermögen für die Bundeswehr zu verändern. Bei einer Veränderung des Grundgesetzes wäre es besser gewesen, die Schuldenbremse abzuschaffen und so den Weg für weitere Investitionen in die Zukunft frei zu machen. Außerdem ist Sicherheit viel mehr als die militärische

Sicherheit. Wir brauchen einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der unter anderem auch sichere Lieferketten, eine nachhaltige Klimapolitik und ebenfalls die soziale Sicherheit umfasst. Ich sehe die Änderung des Grundgesetzes daher sehr kritisch. Insbesondere in der aktuellen Zeit, in der wir vor großen finanziellen Herausforderungen stehen, Entlastungspakete für die Bürgerinnen und Bürger schnüren und eine nachhaltige Klimawende einleiten, werden wir zukünftig in Erklärungsnot kommen, weshalb wir allein für die Bundeswehr ein Sondervermögen errichtet haben.

Aktuelles aus dem Bundestag:

BAföG Reform

Am heutigen Donnerstag hat der Deutsche Bundestag die BAföG-Reform beschlossen. Mit der Novelle bringt die Koalition aus SPD, Grünen und FDP zahlreiche Verbesserungen auf den Weg, um Studierende, aber auch Schülerinnen und Schüler auf ihrem Bildungsweg besser zu unterstützen.

Konkret werden die Freibeiträge für das Einkommen der Eltern um 21 Prozent angehoben, sodass wieder deutlich mehr Studierende vom BAföG profitieren können. Durch eine Erhöhung der Bedarfssätze um 6 Prozent und des Wohngeldes um 11 Prozent reagiert die Koalition auf wachsende Lebenshaltungskosten und Mieten.

Durch die Novelle öffnet sich das BAföG stärker für die Breite der Gesellschaft. Die oftmals geringen Einkommen in Sachsen sorgten bisher dafür, dass Eltern zwar knapp über der Freibetragsgrenze verdienen, aber das Studium ihrer Kinder trotzdem nicht angemessen unterstützen können. In unserem Wahlkreis werden vor allem die 3.102 Studierenden der Westsächsische Hochschule Zwickau profitieren können.

Abschaffung §219a

Des Weiteren freue ich mich ungemein, dass §219a endlich abgeschafft wird. Die 100.000 Frauen, welche jährlich einen Schwangerschaftsabbruch benötigen, müssen ungehindert und vor allem unbelästigt an medizinisch relevante Informationen gelangen, ohne dass Ärzt*innen dafür bestraft werden, diese bereitzustellen. Schwangerschaftsabbrüche haben nichts im Strafgesetzbuch verloren und diesem Ziel sind wir heute einen beträchtlichen Schritt näher gekommen.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Landrats- und Bürgermeisterwahlen

Nach Wochen des Wahlkampfes fand am 12. Juni die erste Runde der Landrats- und Bürgermeisterwahlen in Sachsen statt. In meinen beiden Wahlkreisen standen fünf sozialdemokratische Bewerber für die Rathäuser zur Auswahl. Leider stand am Abend fest, dass es in Glauchau, Meerane, Waldenburg und Burgstädt keine Stichwahl zu unseren Gunsten geben wird. Mein großer Dank geht an Felix, Sebastian, Stefan und Steve, die mit einem hochengagierten Wahlkampf für mehr soziale Politik geworben haben. Mit Markus und Thomas werden wir in Lichtenstein bzw. Oelsnitz weiter bis zum 03. Juli für einen fortschrittlichen Wechsel in den Rathäusern kämpfen.

Bei der Landratswahl konnte Jens Juraschka im Landkreis Zwickau viele Wähler*innen für sich überzeugen. Mit Unterstützung der Partei Die Linke und den Grünen gehen wir mit einem Angebot links der Mitte in einen zweiten Wahlgang. Ein großer Glückwunsch und Dank geht auch an Simone Lang, die als Landratskandidatin der SPD im Erzgebirgskreis sich stark gemacht hat, nun im zweiten Wahlgang aber nicht mehr antritt. Im Landkreis Mittelsachsen haben wir eine reelle

Chance mit Dirk Neubauer einen progressiven Kandidaten von rot-rot-grün ins Freiburger Landratsamt zu schicken. Im ersten Wahlgang entschied er die Abstimmung klar für sich und ließ CDU und AfD hinter sich.

Allen Kandidat*innen gebührt mein großer Respekt für ihr großes Engagement. Für alle, die nun am 03. Juli erneut antreten, gilt es nochmal Kräfte zu sammeln und durchzustarten. Meine Unterstützung habt ihr sicher!

Feierliche Büroeröffnung in Lichtenstein

Im Rahmen einer weiteren Eröffnungsfeier habe ich am 25. Mai 2022 mein drittes und Wahlkreisbüro eingeweiht. Gemeinsam konnte ich mit vielen Bürgermeister*innen und Bürger*innen an diesen Tag in Gespräch kommen. Für Unterhaltung sorgten die „Flotten Motten“ der Kita „Flax und Krümel“ aus Lichtenstein mit einem kleinen Programm. Für unsere kleinen Gäste standen eine Hüpfburg und ein Glücksrad bereit. Am Abend begrüßte ich noch viele Genoss*innen aus dem Wahlkreis und wir ließen den Tag in geselliger Runde am Grill ausklingen. Es war eine sehr gelungene Feier.

Die Türen meines Büros in Lichtenstein stehen euch immer Mittwoch bis Freitag von 8.30 Uhr bis 16.30 Uhr offen. Gern könnt ihr einen Termin mit Felix vor Ort ausmachen. (Telefon: 0372 04356286)



Ankündigung: Sommertour 2022

Die Ferien- und Urlaubszeit nähert sich mit großen Schritten und auch ich möchte eine kleine Erlebnistour starten. Meine Reise wird mich allerdings nicht weit weg, sondern vier Tage quer durch meine beiden Wahlkreise führen. Vom 18. bis 21. Juli werde ich zu Fuß, auf dem Rad oder mit dem Schlauchboot unterwegs sein und mit möglichst vielen Menschen ins Gespräch kommen. Dabei werde ich Unternehmen besuchen, regionale Initiativen kennenlernen und bei historische Orten Halt machen. An einigen Stationen würde ich mich freuen, auch mit euch zusammen zu kommen. Hierzu wird nochmal eine gesonderte Information bei euch eingehen. Unsere Region hat viel zu bieten, deshalb wird es auch ein kleines Highlight geben, das mich während der gesamten Tour begleiten wird – ihr dürft gespannt sein.

Für mehr Information und Aktuelles folgt mir gern auf Instagram. @car.los.kasper